

BAK Pressemitteilung:

Ergebnisse der aktuellen Konjunkturbefragung: Die wirtschaftliche Lage der meisten Architekturbüros ist noch stabil. Auftragslage zeigt, dass Neubau zurückgeht

Im Januar führte die Bundesarchitektenkammer (BAK) in Zusammenarbeit mit den Architektenkammern der Länder eine Konjunkturbefragung unter selbstständigen Kammermitgliedern durch. Im Zentrum der Befragung standen die Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die wirtschaftliche Situation in Architektur- und Planungsbüros.

Die Herausforderungen der Energiekrise mit steigenden Preisen, Liefer- und Personalengpässen wurden größer eingeschätzt als die der Corona-Pandemie. Doch die Ergebnisse der Konjunkturbefragung senden auch beruhigende Signale, denn die Geschäftslage ist zu Beginn des Jahres 2023 bei Architektinnen, Innenarchitekten, Landschaftsarchitektinnen und Stadtplanern insgesamt besser als vermutet.

- 53% der Architekturbüros halten die aktuelle Geschäftslage für gut. In einer schlechten Lage befinden sich dagegen nur 14% der Büros.
- Viele Büros sind derzeit ausgelastet (40%) oder sogar überausgelastet (33%) mit mehr Arbeit als Kapazitäten. 27% haben dagegen freie Kapazitäten.
- Bei 39% der Büros hat sich die wirtschaftliche Lage weder in den letzten Monaten verschlechtert, noch erwarten sie für die kommenden Monate eine Verschlechterung. Sie zeigen sich damit als krisenresistent.
- Erfreuliche 90% sehen die eigene Selbstständigkeit nicht in Gefahr. Lediglich 3% sorgen sich erheblich um die berufliche Existenz.
-

„Ein Großteil der Büros zeigt sich krisenresistent. Das ist eine gute Nachricht, denn ohne die Expertise von Architekten, Innenarchitektinnen, Landschaftsarchitekten und Stadtplanerinnen wird der klimagerechte Umbau unserer Städte, Gemeinden und Landschaften für mehr Nachhaltigkeit und Baukultur nicht gelingen“, betont Andrea Gebhard, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer. „Ganz entscheidend ist nun, wie sich die Baukonjunktur in den nächsten 6 Monaten entwickelt. Denn die Kolleginnen und Kollegen befürchten auch Projektrückstellungen, -absagen oder die krisenbedingte Verzögerung von Aufträgen. Mehr denn je benötigen wir tragfähige politische Rahmenbedingungen und geeignete Förderkulissen für mehr Innovation im Neubau und für mehr Wertschöpfung im Gebäudebestand.“

Auftragsbestand und Ausblick

Anlass zur Sorge gibt die Entwicklung des Auftragsbestands und die für die kommenden Monaten erwartete Entwicklung.

Das Bild ist zweigeteilt: Trotz gut bis sehr gute Auslastung berichten ebenfalls rund 40% der Büros über eine teilweise deutliche Verschlechterung der Auftragslage in den letzten 6 Monaten. Damit haben besonders Innenarchitekturbüros stärker zu kämpfen, während die Landschaftsarchitekten auf eine unverändert gute Konjunktur blicken können. Insgesamt schätzen vor allem kleine Büros die Auftragslage kritischer ein als mittlere und große.

- Bei 41% der Büros hat sich die Auftragslage in den letzten 6 Monaten leicht oder sogar erheblich verschlechtert. Für die nächsten 6 Monate bis 12 Monate erwarten 32% der Büros eine Verschlechterung der Auftragslage. Dies ist problematisch, da die Auftragsreichweite im Schnitt nur 6 Monate beträgt.
- 44% der Büros geben an, die Auftragslage habe sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert, 54% berichten aktuell von Projektpausen, Rückstellungen oder Verzögerungen von Aufträgen, 31% von Projektabsagen und 21% von fehlenden Möglichkeiten, neue Aufträge zu akquirieren.
- 43% der Befragten erwarten für 2023 eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage.

Zur Auftragslage geben die Befragten an, dass vor allem der Neubau, und in diesem Segment besonders der Wohnungsneubau, zurückgegangen sei, während die Auftragslage im Bereich Sanierung und Umnutzung in etwa konstant geblieben sei.

Konkrete Herausforderungen:

50% bis 70% der Architekturbüros klagen über Probleme in folgenden Bereichen:

- Steigende und schwankende Baukosten
- Fehlende Handwerker / bauausführende Betriebe
- Verzögerte Genehmigungen wegen unterbesetzter öffentlicher Verwaltung
- Rückstellung oder Verzögerung von Aufträgen / Projektpausen
- Lieferengpässe

Als Herausforderung werden auch die steigenden Bürokosten und Personalkosten angesehen, die insbesondere den größeren Büros zu schaffen machen.

Büroinhaberinnen und Büroinhaber befürchten keine Entlassungen, sondern sind eher optimistisch: 59% geben an, dass sich der Personalbestand ihrer Büros nicht verändern wird. 20% planen, weiteres Personal einzustellen, wenn sie geeignete Bewerberinnen und Bewerber finden. Und weitere 19% geben an, dass auch wenn sich die Lage des Büros verschlechtert, kein Personal abgebaut wird. Nur 11 % halten es für wahrscheinlich, Mitarbeitende entlassen zu müssen.

Der Befragungszeitraum war vom 16.1. bis zum 29.1.2023. Teilgenommen haben 4.601 selbstständige Kammermitglieder aus allen Bundesländern.

Einen Kurzbericht sowie die **ausführlichen Ergebnisse** mit Auswertungen nach Bürogröße und Fachrichtungen sowie finden Sie online unter: LINK (ab 16.2. aktualisiert)

<https://bak.de/politik-und-praxis/wirtschaft-und-mittelstand/umfragen-kammermitglieder/umfragen-zur-coronakrise/>